



ALINE FIEDLER

MITGLIED DES SÄCHSISCHEN LANDTAGES

CDU-Fraktion

Vorsitzende des Arbeitskreises für Wissenschaft und Hochschule, Kultur und Medien

**Rede in der 64. Plenarsitzung am 13.10.2017
Tagesordnungspunkt TOP 10**

**Zweite Beratung des Gesetzentwurfs zur Reform der Lehrerausbildung im
Freistaat Sachsen**

[Drucksache 6/9508](#) – Gesetzentwurf der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

**[Drucksache 6/11365](#) – Beschlussempfehlung des Ausschusses für Wissenschaft und
Hochschule, Kultur und Medien**

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Die Lehrerbildung braucht und verdient einen hohen Stellenwert. Schließlich geht es um die große Aufgabe, die jungen Sachsen optimal auf ihre Zukunft in und durch Schule vorzubereiten. Dass dabei gute Lehrer die entscheidende Basis sind, hat jeder von uns sicher aus der eigenen Schulzeit noch in Erinnerung. Sachsen liegt beim Bildungsvergleich stets weit vorn, was ebenfalls an der hervorragenden Arbeit der Lehrer festzumachen ist.

Eine qualitativ hochwertige Lehramtsausbildung ist eines unserer wichtigsten politischen Ziele. Wir brauchen genügend und gut ausgebildete Lehrer, welche auf die heutigen und zukünftigen Herausforderungen von Schule gut vorbereitet sind. Deshalb muss die Lehrerausbildung weiterentwickelt werden, braucht eine hohe Priorität an den Hochschulen und muss von uns als Politik mit guten finanziellen und organisatorischen Rahmenbedingungen ausgestattet sein.

Hier gab es in den letzten Jahren deutlichen Handlungsbedarf, deshalb wurden die Sonderzielvereinbarungen mit den Hochschulen zur Lehrerausbildung abgeschlossen, deshalb haben wir auch mehr Geld für die Lehrerausbildung zur Verfügung gestellt und wir wissen auch, dass bei der Lehrerausbildung weiterhin Hausaufgaben zu erledigen sind.

Diese zu lösen, dafür braucht es nicht vorliegenden Gesetzentwurf. Ganz im Gegenteil – er würde die derzeitige Situation, des Lehrermangels wahrscheinlich noch verschlimmern. Der Gesetzentwurf fordert die Rückkehr zum Bachelor und Master und damit eine doppelte Rolle rückwärts. Dafür gibt es überhaupt keinen Grund.

2007 wurde in Sachsen der Bachelor/Masterabschluss eingeführt, 2012 kehrten wir zum erfolgreichen Staatsexamen zurück. Wir sehen anhand der Zahlen, dass insbesondere die Umstellung 2007 zu einem Einbruch der Studentenzahlen geführt hat.

Eine erneute Umstellung würde zum einen an den Universitäten Kräfte binden, die wo anders dringend gebraucht werden und zum anderen Studenten wie Lehrkräfte verunsichern. Vielleicht fangen einige in dieser Übergangszeit in einem anderen Bundesland an zu studieren, verheerend, wo wir in Sachsen jeden Lehramtsstudenten brauchen. Deshalb werden wir gegen den Gesetzentwurf stimmen und ich möchte noch sechs weitere Gründe nennen.

1. Es gibt überhaupt keinen Beleg dafür, dass der Bachelor/Masterabschluss der bessere Abschluss ist. In der Anhörung wurden vielmehr Zweifel deutlich, welchen Berufseinstieg der Bachelorabschluss überhaupt eröffnen soll. Insbesondere für die Ausbildung in Chemnitz wurde eine hohe Zufriedenheit für das derzeitige Angebot geäußert. Ebenfalls ein starkes Argument für die derzeitige Ausbildungsform.
2. Vehement wurde in der Anhörung für die Beibehaltung des Lehramtes Sonderpädagogik geworben. Sachsen hat sich hier eine hervorragende Expertise erworben. Leider schlagen die Grünen die Abschaffung vor – was keinesfalls unsere Zustimmung findet.
3. Die Universitäten haben sich in den letzten Jahren eine gute Kompetenz in der Lehrerausbildung im Rahmen des Staatsexamens erarbeitet, was unter anderem in der Auswahl Dresdens im bundesweiten Auswahlverfahren Qualitätsoffensive Lehrerbildung deutlich wird.

4. In der Anhörung wurden sehr unterschiedliche Auffassungen über die Ausgestaltung des Lehramtsstudiums geäußert, besonders deutlich wurde dies in der Gestaltung des Praxisteils. Ich möchte dies nicht politisch mit einer Abstimmung klären, sondern diese Entscheidung den Praktikern im Rahmen des Verordnungsweges überlassen.
5. Ihr Vorschlag, den Vorbereitungsdienst auf mindestens 12 Monate zu definieren, ist organisatorisch überhaupt nicht machbar. Wie soll der Einsatz der Referendare an den Schulen geplant werden, wenn – zugespitzt gefragt – jeder kommt, wann er will und bleibt, so lange er will. Wir haben gerade das Referendariat auf 18 Monate verlängert, damit der Abschluss bundesweit anerkannt wird. Auch hier wieder die Rolle rückwärts zu machen, stößt sicher nicht nur bei den Lehramtsstudenten auf großes Unverständnis.
6. Die Lehrerausbildung wird derzeit evaluiert, warten wir die Ergebnisse doch erst einmal ab, bevor wir Bewährtes auf Spiel setzen, ohne Besseres anbieten zu können.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

ich hatte es zu Beginn meiner Rede gesagt: Die Lehrerausbildung genießt bei uns hohe Priorität. Natürlich müssen wir uns darum kümmern, dass die neuen bildungspolitischen Herausforderungen wie Inklusion und Integration, Digitalisierung und Medienbildung in die Lehrerausbildung einfließen, dass die Prüfungslast verringert wird, dass das Studium optimal auf den Lehrerberuf vorbereitet und dass wir eine hohe Absolventenquote sichern.

Das alles schaffen wir nicht mit einem Gesetz, sondern ganz praktisch mit einer gesicherten Finanzierung und Unterstützung der Lehrerausbildung durch die Staatsregierung. Das haben die Koalitionsfraktionen am Montag in ihrer Absichtserklärung, die Grundlage für das 100-Tage-Programm des Ministerpräsidenten sein wird, erklärt. Dies ist für uns der praktikable und auch zügig wirksame Weg und nicht das Lehrerbildungsgesetz.

Vielen Dank!